

Antragstellerinnen:

Juso-AG NordWest Hannover, Juso-AG Vahrenwald-List, Juso-AG Linden-Limmer

RESOLUTION

Keine unangebrachten Nazi-Vergleiche!

Es ist im politischen Umgang miteinander offenbar immer mehr zur Mode geworden, bestimmte politische Personen oder auch Publikationen mit den Auswüchsen der NS-Gewaltherrschaft gleichzusetzen.

Historisch sind solche Vergleiche vollkommen rückhaltlos. Die Propaganda des NS-Gewaltregimes war darauf ausgerichtet, die systematische Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile vorzubereiten. Die Inhalte der Propaganda waren immer rassistisch und antisemitisch. Ein historischer Vergleich mit diesen Mitteln kann deshalb nur dann erfolgen, wenn man ihn mit sich selbst vergleicht. **Alles andere stellt eine Verharmlosung der NS-Gewaltherrschaft und ihrer Mittel dar. Nazi-Vergleiche dürfen nur mit Nazis gezogen werden!**

In Politik und Gesellschaft werden solche Vergleiche recht häufig herangezogen, um die Schlagkraft der eigenen These zu erhöhen und die Diskussion kritischer zu machen, wodurch sie automatisch bekannter wird. Oft wird dabei die Verharmlosung des NS-Gewaltregimes von den Leuten, die solche Vergleiche heranziehen, überhaupt nicht wahrgenommen, weil sie in keinem Falle ausgewiesene Experten der neuzeitlichen Geschichte sind, sondern eigens empfundene Ungerechtigkeiten sofort mit einem der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte gleichsetzen.

Aber auch moralisch sind solche Vergleiche gerade in der Sozialdemokratie völlig unangebracht. Die Sozialdemokratie hat als einzige politische Kraft gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers im Reichstag gestimmt. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden zu der Zeit politisch verfolgt, in großen Teilen gefoltert und ermordet. Die Nachfahren innerhalb der Partei haben sich durch ihren Eintritt in die Partei zum demokratischen Sozialismus bekannt, einem gesellschaftlichen Ziel, dass die Wiederholung dieser Schrecken der Vergangenheit ausschließt. **Somit ist es auch moralisch falsch und überhaupt keine Form des innerparteilichen Umgangs miteinander, solche Vergleiche zu ziehen!**

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen in Stadt und Region Hannover dazu auf, solche Vergleiche grundsätzlich zu unterlassen, es sei denn, es geht als Thematik tatsächlich um das nationalsozialistische Gewaltregime.

Weiterhin fordern wir von allen Redeleitungen, die es in unseren Gremien gibt, im Falle eines solchen Vergleichs mit voller parlamentarischer Härte, durch Ordnungsrufe und Verweise, dagegen vorzugehen.